

Summary

January 18, 2021

Online Discussion

What about China? Differences between US and European policies on China

This event was part of the
“A brand new world? Shifting powers in international politics“
oiip online series

Summary erstellt von: Christina Riegler

Keywords: China, USA, Biden Administration, EU, Westbalkan, MENA Region

Vortragende:

Dr. Carla Freeman ist die geschäftsführende Direktorin des Außenpolitischen Instituts und Professorin für China-Studien an der Johns Hopkins School of Advanced International Studies (SAIS). Sie forscht zu chinesischer Außen- und Innenpolitik mit Schwerpunkt auf die regionalen Dynamiken (China und sein Umfeld, nicht-traditionelle Sicherheit und Chinas Rolle in internationalen Organisationen).

Moderation:

Dr. Cengiz Günay ist stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Österreichischen Instituts für Internationale Politik, sowie Lektor an der Universität Wien.

Datum:

18. Jänner 2021

Veranstaltungsort:

Online-Lecture

Unterstützt von der amerikanischen Botschaft in Wien.

Executive Summary

China's economic growth, its strong role in technological advancement and its seemingly decreasing support for international multilateral organisations are perceived as challenges to the international system. Moreover, as it becomes increasingly difficult for the US to defend its allies in the Asia-Pacific and Taiwan and to control the situation in the South China Sea, US concerns over the role of China in global politics grow. While President Trump's foreign policy towards China was mainly based on economic measures, constraining China's rise and "inducing" China to change their approach to shape the global environment, policies are expected to take a more normative and value-based turn under President Biden. During Joe Biden's presidency the US are expected to reengage with China economically and US-EU collaboration is expected to increase.

While the US have continuously voiced their concerns about China's actions, Europe has chosen a quieter approach, shaping a policy which has enabled them to benefit from economic developments both in China and the US. However, Carla Freeman also emphasised that both the US and the EU direct over significant (soft) power to influence China's periphery as several of the smaller Asian countries are open for further engagement with other partners.

Kurzzusammenfassung

Herausforderungen für die USA

Chinas rasanter wirtschaftlicher Aufschwung führt zu politischen Auseinandersetzungen in der internationalen Gemeinschaft, insbesondere mit den USA. Vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Technologie und Militär verbessert sich China rasch und konkurriert mit den USA. Gleichzeitig wird China zunehmend als Bedrohung für die US-amerikanische Sicherheit und als Konkurrenz um die Vormachtstellung im internationalen Gefüge wahrgenommen. Darüber hinaus sind die amerikanisch-chinesischen Beziehungen verhältnismäßig jung und besonders durch die Zeit des Kalten Kriegs geprägt. Aus dieser Erfahrung resultiert große Skepsis gegenüber einem Regierungssystem, das von einer kommunistischen Partei beherrscht wird. Andererseits ist China auch in Sachen Multilateralismus auf dem Vormarsch und versucht durch die Gründung internationaler Organisationen, weiteren Einfluss in der Weltpolitik zu gewinnen.

Präsident Biden und neue politische Ansätze gegenüber China

Die politische Linie des nunmehrigen Altpräsidenten Trump gegenüber China basierte maßgeblich auf wirtschaftlichen Strategien. Die vorherrschende Überlegung bestand darin, den wirtschaftlichen Erfolg Chinas einzuschränken. Rückblickend werden diese politischen Ansätze größtenteils als Misserfolge gewertet, da es zu keiner



innenpolitischen Veränderung in China kam. Carla Freeman ist sich daher sicher, dass Präsident Biden einen anderen Ansatz verfolgen und eine rationalere Beziehung zu China aufbauen wird.

Damit Präsident Biden jedoch seinen realistisch-normativen Ansatz mit Ausrichtung auf normorientiertes Handeln und das Funktionieren der US-amerikanischen politischen Institutionen außenpolitisch umsetzen kann, müssen zuerst die innenpolitischen Probleme in den USA gelöst werden. Speziell die jüngsten Ereignisse in den USA, wie der Sturm aufs Kapitol in Washington DC am 6. Jänner 2021, haben nämlich das Ansehen der USA international beschädigt und die Fragilität einer Demokratie aufgezeigt. Daher müssen die USA, um glaubhaft zu sein, Schritt für Schritt innenpolitisch ihre demokratischen Prinzipien stärken und können diese erst danach in ihre Außenpolitik integrieren. Es ist dabei wichtig, einen bescheidenen Ansatz zu verfolgen, der die eigenen Schwächen offenlegt.

Auch in Hinsicht auf zukünftige wirtschaftliche Beziehungen ist eine rationale Herangehensweise während der komplexen pandemischen Lage wichtig. Wirtschaftsprognosen sehen ein starkes Wachstum von sechs Prozent für den chinesischen Markt für das Jahr 2021 vor, welches auch die USA nicht ignorieren können. Präsident Biden wird dabei Unterstützung von WirtschaftsvertreterInnen bekommen. Diese kämpfen seit der Einführung der Sanktionen gegen China vor allem gegen Zölle, die eine Welle von Kündigungen in den USA zur Folge hatten. Zudem gibt es Anzeichen, dass Präsident Biden Europa in seine China-Politik einbeziehen möchte.

Ein Kernproblem der US-China-Beziehung ist und bleibt Taiwan. Erst kürzlich hatte der Außenminister der Trump-Administration, Mike Pompeo, mehr US-Unterstützung für Taiwan angedeutet, was von Peking als eine offene Provokation wahrgenommen wurde. Es ist fraglich, wie die Biden-Administration in dieser Thematik weiter vorgehen wird.

Wie unterscheiden sich nun der europäische und der amerikanische Zugang zu China?

Europa wählt im Umgang mit China einen anderen Zugang als die USA. Während sich die USA stärkere europäische Reaktionen, nicht nur in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen und Klimaprobleme in China, wünschen, wählt Europa einen zurückhaltenden Weg. Das mag unter anderem an dem Umstand liegen, dass Europa und China geographisch auf dem eurasischen Kontinent verbunden sind, wie von Kent Calder beschrieben. Zudem kann Europa seine Beziehungen zu China in einem älteren, historischen Kontext betrachten, der bereits auf Verknüpfungen zwischen Rom und dem chinesischen Imperium zurückgeht. Im Vergleich dazu ist die China-Politik der USA vornehmlich durch die Konfrontationen der beiden Länder im Chinesischen Bürgerkrieg, im Korea-Krieg und bis zu einem gewissen Grad im Vietnam-Krieg beeinflusst. Bis vor kurzem hat die EU daher meist beschwichtigende Politik ausgeübt, die es möglich machte, von wirtschaftlichen Entwicklungen im Osten (China) und im Westen (US) gleichermaßen zu profitieren. Da die Außenpolitik der letzten amerikanischen Regierung eher unberechenbar war, entschied sich die EU aber, ein eigenes Handelsabkommen mit China abzuschließen. Dies geschah, obwohl zuvor ein gemeinsames Auftreten von EU und USA ihre Verhandlungsposition gegen China oftmals gestärkt hatte. Diese Zusammenarbeit gibt es wegen des einseitigen Handelsabkommens nun nicht mehr.

Generell wird der Deal zwischen der EU und China europäischen Firmen fairere Konditionen am chinesischen Markt bieten, zum Beispiel im Hinblick auf die transparente Verteilung von Fördermitteln für Tochterfirmen in China. Die Biden-Administration könnte auf diesen Zug in einer eigenen Vereinbarung mit China aufspringen, da diese Thematik ein immer wiederkehrender Streitpunkt

zwischen den USA und China ist. Auch bezüglich des Transfers von neuen Technologien hoffen die USA, ein Abkommen mit China abzuschließen.

Innenpolitische Entwicklungen in China und Folgen für die Außenpolitik

Seit Xi Jinping 2012 an die Regierungsspitze kam, wird die chinesische Regierung durch seine charismatische Art nachhaltig beeinflusst und geformt. Als 2020 jedoch die Covid-19 Pandemie von China ihren Ausgang nahm, versagte die chinesische Regierung bei der Eindämmung des Virus. Auch aktuell gibt es wieder neue Anzeichen



von Corona-Ausbrüchen in China. Das Covid-19-Virus wird als chinesischer Super-GAU beschrieben, was zu einer immensen Krise im Regierungssystem führte. Sollte das Virus erneut außer Kontrolle geraten, wäre das ein großer Rückschlag für die chinesische Regierung und die Kommunistische Partei Chinas, die im heurigen Jahr plant, ihr 100-jähriges Bestehen mit großen politischen Veranstaltungen zu feiern. Interessant wird auch das kommende Jahr, da im Oktober 2022 ein Plenum über einen Wechsel der obersten Führungsriege stattfinden wird. China ist daher auf eine gute innenpolitische Führung angewiesen, damit im darauffolgenden Jahr eine glatte politische Übergabe erfolgen kann. Es soll und darf keine Störungen geben.

Trotz oder vielleicht gerade wegen der innenpolitischen schwierigeren Zeiten wird China seinen Griff über die Gesellschaft sowie Gebiete in der direkten Nachbarschaft verfestigen. Genau deswegen bleibt das Südchinesische Meer ein potenzieller Krisenherd zwischen den USA und China. Daneben versucht China in Krisenzeiten auch verstärkt Kontrolle auf Taiwan und Hong Kong auszuüben. Auch die engen Beziehungen mit Nordkorea sind unter diesem Mantel der eisernen Politik zu sehen, obwohl die Stärkung der Rolle Kim Jong Uns das Verhältnis verändern könnte. Darüber hinaus ist China auch in Afghanistan aktiv und treibt seine Belt and Road Initiative nicht nur in Afrika und im Nahen Osten, sondern auch in Zentralasien fort. Hier kommt China potenziell mit Russland in Konflikt, ist aber stets darauf bedacht, die Staaten in Zentralasien als Russlands nahe Peripherie anzuerkennen. Die Situation mit China als wirtschaftlichem Partner für die Staaten in Zentralasien und Russland als Militärmacht wirkt zusätzlich entschärfend.

Neben der Vertiefung der chinesischen Beziehungen zu afrikanischen Staaten, die vorrangig auf Infrastrukturprojekten basieren, verstärkt China auch Beziehungen zum Nahen Osten immer mehr. In

der MENA-Region testet China auch Kapazitäten als globale Militärmacht mit seiner ersten Militärbasis in Dschibuti.

Diese neuen Initiativen stoßen auf viel Kritik in den USA, die dabei aber oftmals vergessen, dass Teile des Nahen Ostens auch davor schon mit China wirtschaftliche Beziehungen unterhielten. China wird daher auch in den nächsten Jahren versuchen die Verbindungen zur Region zum Beispiel durch „public diplomacy“ oder „vaccine diplomacy“ zu stärken, auch wenn sich dadurch die Beziehungen mit den anderen Großmächten wie der EU oder den USA verschlechtern könnten.

Fazit

China befindet sich ungebremst im globalen Aufstieg, beeinflusst maßgeblich die Weltwirtschaft und stellt den Westen, allen voran die USA, vor neue Herausforderungen. Insbesondere Chinas wirtschaftliche Dominanz hat die Beziehungen zu den USA verschlechtert und birgt großes Konfliktpotenzial, nicht zuletzt wegen der regierenden kommunistischen Partei in China. Der Ausbruch des Covid-19-Virus hat Peking innenpolitisch große Schwierigkeiten bereitet, worauf die chinesische Regierung üblicherweise mit einem verstärkten Griff auf seine umliegenden Nachbarn reagiert: Taiwan, Hong Kong und das Südchinesische Meer sind Gebiete, die China versucht fester unter Kontrolle zu bringen. Neben der direkten wirtschaftlichen Konkurrenz zu den USA vertieft China seine Dominanz auch in Afrika und in der MENA-Region, und weitet somit seine globale Einflussnahme zunehmend aus.